

# Arbeiter-Zeitung

Wrocław, 23. Mai 1932  
14. Jahrgang Nr. 120

**Rüstet zum Roten Pressefest**  
am Sonnabend, 28. Mai, im  
„Landschaftshaus“

**für Schlesien**

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernbr. v. Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Fernsprecher 400 89. Postkassennr.: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Kreuzberger Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Geschäftsstand:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Fernsprecher 460 89.

## Stürmische Eröffnung des Landtags:

# Die Kommunisten greifen an!

**Die Kommunisten erheben die Forderungen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden — Nazis in Einheitsfront mit der Braun-Severing-Regierung — Der kommunistische Appell an die SPD.-Arbeiter zum außerparlamentarischen Kampf**

Die gestrige Eröffnung des neugewählten Preussischen Landtages stand im Zeichen des kommunistischen Angriffs. Die Kommunisten beherrschten den ganzen Verlauf der Sitzung. Die Kommunisten stellten ihre Anträge für die Millionenmassen der Erwerbslosen und Notleidenden in den Mittelpunkt der kurzen Sitzung. Die Kommunisten erhoben durch den Mund der Genossen Piel und Kasper die schärfste Anklage gegen die völkerverhetzende Politik von den Nationalsozialisten bis zu den SPD.-Führern. Schon in der ersten Sitzung zeigte sich eine scharfe Einheitsfront der Nazis mit der geschäftsführenden Regierung Braun-Severing, als auch Nazis und Deutschnationale ablehnten, den kommunistischen Misstrauensantrag gegen die Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Sitzung schloß mit dem brausenenden Gesang der „Internationale“.

## Nazi-Alterspräsident sagt kein Wort gegen Versailles und Young

Als der nationalsozialistische Alterspräsident General Lohmann die Sitzung eröffnete und die Nazis die Hand zum Faschistengruß hoben, stimmte die gesamte kommunistische Fraktion in Rufes: „Nieder mit den kaiserlichen Generalen!“ „Nieder mit den Nordgeneralen!“ Als Lohmann stotternd fragte, ob jemand älter sei als er, kamen Rufe: „Du hast den Krieg gut überstanden, während die Soldaten in den Massengräbern liegen!“

Als Lohmann vorläufig die alte Geschäftsordnung des Landtages übernahm und sich in seiner Eröffnungsrede nur mit technischen Dingen befaßte, rief der Genosse Poenen:

„Kein Wort zu Versailles und zum Youngplan! Kein Wort zur Tributsklaverei! Kein Wort gegen das ausländische Finanzkapital!“

Die Kommunisten riefen ihm zu: „Adolf Hitler hat's verboten! Ihr wollt regierungsfähig werden!“

## Kommunistische Abrechnung mit Braun-Severing

Das Bild der Sitzung änderte sich rasch. An die Stelle des hitlerianischen Bereds des Nazi-Alterspräsidenten trat der Kühne kommunistische Vorstoß.

Genosse Wilhelm Piel trat, mit Händeklatschen und dreifachem „Rot Front“ von den Kommunisten begrüßt, auf die Landtagstribüne und begründete einen kommunistischen Misstrauensantrag gegen die geschäftsführende Regierung Braun-Severing. Jeder Satz eine scharfe Anklage gegen ihr System. Jeder Satz eine Anbrüderung der Politik der SPD.-Führer, die die Nazis zur Regierungsverantwortung „ranlassen“ wollen. Genosse Piel forderte die sofortige Vertagung des kommunistischen Antrages als Willenskundgebung des Landtages.

Nicht entlarven sich die Nazis. Nur die Kommunisten unterstützen den Antrag.

Deutschnationale und Nazis blieben zur Deckung der Regierung Braun-Severing sitzen.

Es wiederholte sich die Einheitsfront zwischen Nazis und SPD., die eben in Geschichte trat, als der General Lohmann neben einem Nationalsozialisten den SPD.-Mann Pähl zum Beisitzer ins Präsidium berief. Die Kommunisten riefen den Nazis zu: „So kämpft ihr gegen das System!“

## KPD. fordert sofortige Beratung der Erwerbslosenforderungen!

Dem ersten kommunistischen Angriff folgte bald ein zweiter. Genosse Kasper, wieder demonstrierend von unserer Fraktion begrüßt, erhob

im Namen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden die schärfste Anklage gegen die Landtagsparteien, die sich in den nächsten Tagen mit ihren parlamentarischen Schiedungen aufstatt mit den Rufen der Mehrheit der arbeitenden preussischen Bevölkerung befaßt will.

Genosse Kasper forderte, daß die kommunistischen Anträge auf Rückgängigmachung der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung, gegen die Ermittlung der erwerbslosen und werktätigen Mieter und für sofortige Arbeitsbeschaffung, sowie unser Antrag gegen

die Zwangshypothekbelastung der Kleinbesitzer, auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung gesetzt wird. Er prangerte das Schweigen der Nazis, des Zentrums und der SPD. zu diesen Lebensforderungen der notleidenden Massen an.

Als der Zentrumsabgeordnete Kost, „Wohlfahrts“bezermet in Essen, und einige christliche Gewerkschaftsführer Widerspruch erhoben, entstand ein Sturm auf den kommunistischen Vorkämpfer, so daß der Widerspruch der Zentrumsabgeordneten nicht genügend unterstützt wurde.

Nach der Mitteilung des Nazi-Alterspräsidenten, daß die nächste Sitzung heute mittag um 1 Uhr stattfinden würde, schloß die Sitzung. Die Kommunisten stimmten die „Internationale“ an, während Nazis und SPD. verdußt langsam abzogen.

Die kommunistische Partei hat gestern das Parlament als Tribüne für ihren Ruf zum außerparlamentarischen Kampf der Massen benutzt.

Die kommunistische Fraktion hat gestern in der ersten Landtagsitzung ihre schärfste prinzipielle Kampferklärung gegenüber dem arbeitserfeindlichen System Braun-Severing demonstriert und sich gleichzeitig an die Massen außerhalb des Parlamentes gewandt, alle Kräfte zur Verhinderung einer Naziregierung durch die kämpfende rote Einheitsfront mobil zu machen.

Die SPD.-Führer haben den sozialdemokratischen Arbeitern bei drei Wahlen erzählt, daß sie mit dem Stimmzettel — zweimal für Hindenburg, einmal für Braun-Severing — „den Faschismus schlagen“ würden. Heute sind 163 Naziabgeordnete im neuen Landtag. Heute ist Hindenburg die stärkste Position der Nazis für ihre baldige Heranziehung zur Regierung. Heute geht aber auch nach der bitteren Lehre des 21. April ein Ruf aus den Reihen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, ein Wesen auf die eigene proletarische Massenfront außerhalb des Parlamentes. Es wächst bei den sozialdemokratischen Arbeitern der Wille, gegen den Faschismus und die Notverordnungsbürokratur in einheitlicher Front wirklich zu kämpfen.

Die ganze Taktik der kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb des Parlamentes dient der Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter gemäß dem Einheitsfrontangebot der KPD. und KPD. einzuweisen in die gemeinliche Millionenfront zur Verhinderung jeder Naziregierung und zum Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau, für die Verteidigung der proletarischen Rechte. Eine Isolierung der Schrittmacher des Faschismus, Braun-Severing, eine Blockpolitik mit diesen Wegbereitern des Hitler-Faschismus kommt dabei für keinen revolutionären Arbeiter in Frage.

# Nazis für Notverordnungen

Berlin, 24. Mai. (Eig. Drahtber.) Gestern vormittag wurden im Haushaltsausschuß des Reichstages die Anträge der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt. Gegen die Aufhebung stimmten alle Brüning-Parteien einschließlich der SPD. Mit dieser Abstimmung hat die SPD. zugleich den Weg freigemacht für die geplante neue Notverordnung mit dem ungeheuerlichen Abbau aller sozialen Unterstützungsfälle. Für die Nazi sprach der Abgeordnete Fric, der als Thüringischer Minister mit besonderem Eifer die Brüning-Notverordnungen durchführte. Auf einen Zwischenruf des Genossen Torgler, was die Nazi bei ihrem Regierungseintritt mit den Notverordnungen machen wollten, antwortet Fric unter allgemeiner Heiterkeit und stürmischen Hört-Hört-Rufen: „Wir sind nur für die Aufhebung der Notverordnungen, solange das gegenwärtige System an der Macht ist. Nach Aenderung des „Systems“ haben wir keine Ursache mehr, die Notverordnungen zu beseitigen.“

Die Presse der Nationalsozialisten hat gerade in den letzten Tagen die Forderung auf Aufhebung aller Notverordnungen erhoben. Das Geschrei in der Presse und in den Versammlungen und die Ausführungen von Fric dem gegenübergestellt, zeigen den proletarischen Anhängern der NSDAP., welche üble Rolle die Hitler und Co. spielen. Die kommunistische Partei ruft diesen von der NSDAP. betrogenen werktätigen Schichten zu: Wenn ihr wollt, daß der Steuerdruck, der fortgesetzte Lohn- und Unterdrückungsabbau, die ungeheuren Unterdrückungsmaßnahmen des staatlichen Machtapparates beseitigt werden, dann kämpft mit uns Kommunisten für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes. Die nationale und soziale Befreiung ist nicht mit dem Stimmzettel zu erreichen, sondern durch den revolutionären Massenkampf, durch die rote Einheitsfront aller Ausgebetteten.

## Gründer der NSDAP.-Ortsgruppe Schreiberhau kommt zur KPD.

Nieder-Schreiberhau. Ich Unterzeichneter stehe heute, 23. 5. 32, gedankt, nicht mehr im nationalen Lager, sondern mitten unter euch in der sozialen Freiheitsbewegung der KPD. Trotzdem ich von 1918 bis 1931 im nationalen Lager für die Befreiung der breiten Massen gekämpft und im Jahre 1930 die Ortsgruppe Schreiberhau der NSDAP. gegründet habe, weiß ich heute, daß das Programm Adolf Hitlers niemals die Befreiung der breiten Schichten bringen kann und wird. Adolf Hitler wird niemals den zehnten Teil seines Programms erfüllen können, weil er die größte kapitalistische Partei ist. Die Arbeiter sind nur als Stimmvieh zu gebrauchen.

Darum und endlich habe ich den Weg des wahren Sozialismus, Genossen, bei euch gefunden und werde jederzeit bereit sein, auf Leben und Tod für die Befreiung vom Joch des Kapitalismus mit euch zu kämpfen. Ich werde in jeder Beziehung aufrichtig aber energisch und gewissenhaft dazu beitragen, daß sobald wie möglich ein soziales Deutschland errichtet wird. So soll mein Kampf beginnen, und ihr Genossen, sollt auch mir vertrauen, denn ich werde niemals ein Mitläufer, sondern immer ein ehrlicher Kämpfer in euren Reihen sein.

Mit einem „Rot Front“  
Erhard Liebig, Ober-Schreiberhau.

Die SPD.-Führer wollen die Nazis „ranlassen“, aber die sozialdemokratischen Arbeiter wollen kämpfen.

In den ehrlichen Kampfwillen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten und Reichsbannerarbeiter appellierte das gestrige Auftreten der kommunistischen Fraktion im Landtag.

## Völlige Kapitulation der Nazis vor dem Zentrum!

### Der Kuhhandel um die Ministerfessel beginnt

Wie wir soeben aus dem Mikro des Preussischen Landtages erfahren, hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion ihren Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung zurückgezogen.

Der alte Landtag hatte bekanntlich beschlossen, daß in Zukunft die Wahl des Ministerpräsidenten mit absoluter Mehrheit durch den Landtag erfolgen muß, um der Regierung Braun-Severing das Weiterregieren als geschäftsführendes Kabinett zu ermöglichen. Jetzt haben die Nazis, die unter großem Tamtam erklärt hatten, daß sie im neuen Landtag diese Geschäftsordnungänderung rückgängig machen wollten, diese Absicht bedingungslos ausgegeben, um mit dem Zentrum über die Wahl eines Ministerpräsidenten einig zu werden.





# Rund um den Erdball

## Schweres Bergwerksunglück in England

Acht Arbeiter getötet

London, 24. Mai. In der Grube Boulgreville, in der Grafschaft Derby, ereignete sich in einem Bergwerk eine schwere Explosion. Acht Arbeiter fielen ihr zum Opfer.

Das Unglück ereignete sich spät abends in einem kleinen Bleibergwerk, das insgesamt 21 Arbeiter beschäftigt. Im Augenblick der Explosion waren sechs Bergleute in einer Tiefe von 75 Meter an der Arbeit. Fünf von ihnen wurden durch einstürzende Erdmassen sofort getötet, der sechste vermachte den Schachtzugang zu erreichen und Värm zu schlagen.

Es wurde sofort eine Rettungsmannschaft eingesetzt, jedoch war diese in der Ausübung ihrer Arbeit durch Ausströmen giftiger Gase behindert. Drei Arbeiter wurden durch die giftigen Gase getötet, trotzdem sie Gasmasken trugen. Es ist bisher noch nicht festzustellen, ob es sich hier um unbrauchbare Masken handelt. Viele andere mußten infolge der giftigen Gase ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch nicht festgestellt. Unter der Arbeitererschaft herrscht ungeheure Erregung. Man nimmt an, daß seitens der Verwaltung nicht die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden.

waren und so acht Arbeiterleben ver-  
nichtet wurden.

Infolge Eindringens von Wasser wurde der Stollen überschwemmt und die Rettungsarbeiten mußten unterbrochen werden.

## Tod in der Senfgrube

Budapest, 24. Mai. In der Nähe der Grube Makosyalota ist bei der Reparatur einer Bedürfnisanstalt der untere Boden eingebrochen. Drei Arbeiter sind in die Tiefe gestürzt. Die Rettungsgeellschaft wollte sie ins Spital bringen. Von den Arbeitern sind unterwegs zwei an Kältevergiftung gestorben, der Zustand des dritten ist lebensgefährlich.

## Grubenunglück in Südafrika

Kapstadt, 24. Mai. Von den bei einem Schacht-  
einsturz auf der Robinsongrube in Südafrika verschütteten 20 eingeborenen Bergarbeitern konnten fünf gerettet werden. Das Schicksal der restlichen 15 ist noch ungewiß.

## Das größte Bewässerungswerk der Welt

Kampf der Dürre — 9 bis 10 Milliarden Kilowattstunden jährlich

Moskau, 24. Mai. Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, in einem Beschluß auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zum Kampf gegen die Dürre insbesondere im unteren Wolgarebiet hinzuwirken. In diesem Zusammenhang erklärte der Verfasser des Planes der Rekonstruktion der Wolga, Professor Schalagin, einem Pressevertreter, daß in der Stadt Kamskaja im ehemaligen Gouvernement Saratow an der Wolga der Bau eines Hochkraftwerkes und eines Staudammes geplant ist. Die Bewässerung des Wolgarebietes habe eine ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung.

Während Amerika zur Lösung des Bewässerungsproblems verschiedene Methoden benutzte, werde die Sowjetunion ein Gebiet, das zweimal so groß wie das von der amerikanischen Bewässerungskommission im Jahre 1906 bewässert wurde, bewässern. Das Wasserleitwert in Kamskaja soll ungefähr dreimal so groß wie das berühmte

Kraftwerk am Insepr, der Dnjeprprostoi, sein. Seine jährliche Erzeugung an Elektroenergie werde ungefähr 9 bis 10 Milliarden Kilowattstunden betragen. Die Höhe des Staudammes werde 30 Meter und seine Gesamtlänge etwa 3 Kilometer betragen. Die Kosten des ganzen Baues werden auf etwa 1,5 Milliarden Rubel berechnet, die des ganzen Bewässerungssystems auf fünf Milliarden Rubel. Man hoffe, damit die Frage der Bewässerung der des östlichen von der Dürre heimgesuchten Gebiete der unteren Wolga gelöst zu haben.

Während in allen kapitalistischen Ländern der Niedergang der Produktion immer weiter fortschreitet, während da alles getan wird, um die Produktion zu hemmen, vollzieht sich in der Sowjetunion der gigantische Aufschwung, den die Welt je gesehen hat, werden Werke von kaum geahnter Größe geschaffen und ungeheure Gebiete fruchtbar gemacht und der Produktion erschlossen.

## Einen Stiefsohn vergiftet und den zweiten verbrannt

Eine mildgewordene Kleinbürgerin vor Gericht

Vor dem Landgericht Guben stehen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter unter der Anklage, den achtjährigen Sohn des Lehrers Ziehm vergiftet zu haben. Frau Ziehm steht außerdem noch unter der Anklage, den fünfjährigen Jungen des Lehrers verbrannt und an der Frau eines früheren Geliebten einen Mordversuch begangen zu haben.

Die angeklagte Ziehm ist der Typus der Heimbürgerlichen Frau, die nur ein Ziel kennt: einen Mann zu ergattern, ein sorgenloses Leben zu führen und alles, was ihrer Bequemlichkeit im Wege steht, aus dem Wege zu räumen. Als zwanzigjährige Mädchen hat sie zu einem 45-jährigen Mann in Beziehungen gestanden. Da dieser Mann aber verheiratet war, verübte sie damals ein Revolverattentat auf die Frau desselben und verübte sie schwer. Der Mann und die betreffende Frau, auf die sie damals das Attentat verübt hatte, wollten einen öffentlichen Skandal vermeiden und sahen von einer Anzeige ab.

Später heiratete diese Frau den Lehrer Ziehm, der ein Witwer mit zwei Kindern war. Die Kinder hatten von ihrer ersten Mutter einige tausend Mark geerbt. Auf dieses Geld hatte es Frau Ziehm abgesehen und überhaupt schien diese Kinder ihrer Bequemlichkeit im Wege zu stehen. Eines Nachts verbrannte das jüngere Kind unter rätselhaften Umständen. Im letzten Herbst kam zu Frau Ziehm ihre Mutter zu Besuch. Diese erhielt das gleiche Zimmer, worin der achtjährige Junge schlief, zugewiesen. In der Nacht wurde der Junge plötzlich von furcht-

baren Rämpfen befallen und nach einer Stunde war er tot. Eine Untersuchung der Leiche förderte zutage, daß das Kind von Frau Ziehm und ihrer Mutter mit chloräurem Kali vergiftet wurde.

Nun stehen die zwei Frauen vor Gericht. Beide spielen sie die Unschuldslämmer. Der Prozeß ist für zwölf Tage anberaumt.

## Riesenfeuer in Polen

Warschau, 24. Mai. Die Zelfabrik in Wilna, die größte Zelfabrik Polens, ist in der letzten Nacht einem Brand zum Opfer gefallen. Der ganze Gebäudekomplex ist ausgebrannt. Das Feuer griff auf die in der Nachbarschaft stehende Dampfmühle über, die ebenfalls völlig eingeeäschert wurde. Durch den gewaltigen Brand wurde auch das städtische Schlachthaus beschädigt.

## Erdbeben und Vulkanausbrüche

Amsterdam, 24. Mai. Die ostindischen Inseln Flores und Timor, die erst vor kurzem von einer Naturkatastrophe heimgesucht wurden, meldeten gestern erneut schwere Erdbeben, die großen Schaden anrichteten. Zugleich traten mehrere Vulkane auf beiden Inseln in Tätigkeit. Einzelheiten über die Ausmaße der Naturkatastrophe liegen noch nicht vor.

## Schneesturm in Nordschweden

Stockholm, 24. Mai. Nordschweden und Dalarlän wurden gestern abend von einem schweren Schneesturm heimgesucht, der an vielen Stellen Verkehrsstörungen hervorrief und den Telefon- und Telegraphenverkehr vollkommen lahmlegte. Besonders überraschend war die Rückkehr des Winters in der Gegend von Sundsvall, wo man vor wenigen Tagen 23 Grad Wärme gemessen hatte und wo infolge des Sturmes das Thermometer unter den Gefrierpunkt gesunken ist.

## Mammuth-Funde in Rom

Beim Durchbruch einer im neuen römischen Stadtplan vorgesehenen Straße machte man in der Nähe des Colosseums einen eigenartigen Fund. In 20 Meter Tiefe stießen die Arbeiter auf einen harten Gegenstand, der sich bei näherer Untersuchung als ein vollständig erhaltener Stoßzahn eines Mammuths von drei Meter Länge und einem Maximalumfang von 0,75 Meter erwies. Ein Teil der Schädelknochen und ein Fadenzahn des vorhistorischen Tieres wurden ebenfalls entdeckt.

## Flektypus in Wilna

Bisher 100 Tote

Warschau, 24. Mai. Einige Bezirke im Wilnauer Gebiet sind von einer Flektypus-Epidemie heimgesucht worden. Bis jetzt sind in 20 Ortschaften mehr als 750 Personen erkrankt und davon über 100 Personen gestorben.

## Mit dem Motorrad auf einen Bauernwagen gerast

Ein Toter, zwei Schwerverletzte

U. Großgerau, 23. Mai. Ein furchtbarer Unfall ereignete sich am Montag spät abends am Ortsausgang von Dornheim. Der Motorradfahrer Otto Stier aus Großgerau fuhr auf der Straße Dornheim-Wolfskehlen auf einen Bauernwagen mit solcher Wucht auf, daß seine etwa 23-jährige Begleiterin auf der Stelle tot war. Stier selbst wurde mit schweren Schädelbrüchen in hoffnungslosem Zustand ins Darmstädter Krankenhaus gebracht. Der Führer des Fuhrwerks, ein Landwirt aus Wolfskehlen, kam unter den Wagen zu liegen, wobei er gleichfalls schwere Verletzungen davontrug.



## Ganz Mittelengland von schweren Überschwemmungen heimgesucht

Weite Gebiete Mittelenglands sind von Überschwemmungen in einer Stärke und Ausdehnung heimgesucht worden, wie sie seit 30 Jahren nicht zu verzeichnen waren. Unser Bild zeigt das Zerstörungswerk der Fluten an einer Brücke und an einem Haus in der Ortschaft Heeley, Grafschaft Sheffield.

## Spiegel der Ereignisse

### Mastschwein gegen ein Paar Hosen

In einer polnischen Zeitung findet sich folgendes Inserat:  
„Ein Bauer, dessen letztes Paar Hosen bereits zerlumpt sind, bietet ein Mastschwein nach Wahl für ein Paar getragene Hosen. Sie müssen nur gebrauchsfähig sein. Für einen ganzen Anzug kann man eine gute Milchkuh haben.“

Dieses Inserat mutet auf den ersten Blick so an, als wäre es einem Witzblatt entnommen. Und doch ist es eine Tatsache, steht es in einer Tageszeitung. Dieses Inserat kennzeichnet die Verhältnisse, die heute in diesen Ländern herrschen, die fürchterliche Armut, unter der die Bauern leben. Die Preise aller Agrarprodukte sind im Laufe der letzten drei Jahre auf ein Drittel, teilweise sogar bis auf ein Viertel der früheren Höhe zurückgegangen. Der Bauer findet überhaupt keinen Absatz für seine Produkte. Zum Herbst des vergangenen Jahres haben die Bauern ihre ganze Ernte verschleudert, um sich auch nur das notdürftigste anzuschaffen zu können oder Zinsen für drückende Schulden abzutragen. Heute besitzen die Bauern weder Lebensmittel, noch die notwendigen Industrieprodukte und können auch das Vieh nicht füttern. Daher kommt es, daß Bauern eine Kuh für einen getragenen Anzug und ein Mastschwein für ein Paar getragene Hosen anbieten.

### Fahrkarten sollen gelöst werden

In einer rumänischen Zeitung ist folgende Bekanntmachung der Eisenbahndirektion veröffentlicht:

„Die Bevölkerung wird nochmals eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß vor Eintritt der Fahrt eine Fahrkarte am Schalter zu lösen ist. Die Eisenbahnerverwaltung wird gegen die Schaffner, und gegen das reisende Publikum, mit unnahezu strenger Strenge vorgehen. Unsere Eisenbahn befindet sich am Rande des Abgrunds, und es ist die unbedingte Pflicht eines jeden Patrioten, mit der Eisenbahn zu fahren und auch eine Fahrkarte zu lösen. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß es strengstens verboten ist, beim Erscheinen einer Kontrolle die Notbremse zu ziehen, und den Zug zu verlassen.“

Die Eisenbahndirektion.

Es ist nicht ein ideales Bild von idealen Zuständen in einem ideal geordneten Staat. Rumänien gilt bekanntlich als der Wächter der europäischen Zivilisation gegen die bolschewistische Barbarei.



Aus der in letzter Nummer der „AIZ.“ erschienenen Bilderreportage aus der Zeit der Eroberung Ägyptens durch England.

# Weißsteiner Erwerbslose rufen zum gemeinsamen Kampf

Protest gegen den beabsichtigten Unterstützungsraub — Wohlfahrts-erwerbslose kündigen ihre Forderungen an — Einheitsfront wird hergestellt

Weißein. Am 20. Mai fand in Weißstein eine Versammlung der Wohlfahrts-erwerbslosen statt. Genosse Klein sprach über die neuen einschneidenden Verdrückungen, die den Wohlfahrts-erwerbslosen drohen. 20 Prozent Unterstützungsabbau bedeutet ein Fünftel weniger Kaufkraft, die ohnehin schon so gering ist, daß an Neuanschaffungen gar nicht mehr zu denken ist. Die soziale Lebenslage soll also noch tiefer herabgedrückt werden. Dazu kommt noch die Mieterhöhung und die immer schlechter werdenden Aussichten auf Arbeit. Gen. Klein wies aber auch nach, wo noch Widerstandsmöglichkeiten vorhanden sind, wo nicht gehört wird. Der Staat und die Privatunternehmer zahlen an die höheren Beamten die Menge Gehälter und die Millionäre mit ihren ergaunerten Geldern bleiben unangefastet. „Gemeinsame Not, gemeinsamer Kampf“, das ist das Gebot der Stunde. Unter dieser Losung werden sich die Erwerbslosen, gleich welcher politischen Richtung, sammeln und den Kampf führen für Arbeit, Freiheit und Brot.

Die Anwesenden nahmen die Ausführungen des Gen. Klein mit Beifall auf und stimmten einmütig für die Anträge, die der Gemeindevertretung zugestellt werden sollen. Die Anträge lauten:

## An die Gemeindevertretung Weißstein!

Durch zum großen Teil jahrelange Erwerbslosigkeit ist die Not der Wohlfahrts-erwerbslosen der Gemeinde Weißstein in Grenzenlose geblieben. Die wöchentliche Unterstützung langt nicht zur Erhaltung des nackten Lebens. Neuanschaffungen können beim besten Willen nicht mehr getätigt werden. In des Wortes krasser Form verkrumpen wir. Dieses Elend soll noch mehr verschärft werden.

## Pflichtarbeit auch in Schreiberhau

# Erwerbslose im Kampf um Arbeit zu Tariflohn

Schreiberhau. In der letzten Gemeindevertretung wurde beschlossen, daß demnächst alle Wohlfahrts-erwerbslosen zur Pflichtarbeit herangezogen werden. Jeder Wohlfahrts-erwerbslose hat in der Woche an zwei Tagen zu arbeiten und erhält dafür pro Tag eine Entschädigung von je nach Schreibe 50 Pfennige. Die SPD-Fraktion schlug vor, wenigstens, wie in anderen Orten üblich, 1 Mark pro Tag (!) zu geben. Mit dieser Forderung dokumentierte die SPD-Fraktion ihr Einverständnis mit der Pflichtarbeit, für die zudem nur eine sehr geringe Entschädigung geleistet wird. Wir fragen die Erwerbslosen und vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter, seid ihr gewillt, für diesen Hungerlohn den ganzen Tag zu arbeiten? Eine solche Arbeit ist der Anfang zum weiteren Sinken auf das Elendsniveau eines dänischen Kulis. Jeder Arbeiter muß das in seinem eigenen Interesse ablehnen. Deshalb ist das Gebot der Stunde **gemeinsamer Kampf gegen diese Pflichtarbeiten**. Die Erwerbslosen wollen arbeiten, aber nur bei tariflicher Entlohnung.

Zu der letzten Gemeindevertretung hatten die Erwerbslosen von Schreiberhau einen Dringlichkeitsantrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe zu Pfingsten in Höhe von 1000 Mark für sämtliche Erwerbslose eingereicht. Dieser Antrag wurde zwar vertlesen, kam jedoch nicht zur Behandlung, da das Gemeindevorstandesamt zunächst darüber abstimmen ließ, ob bei diesem Antrag „Dringlichkeit“ vorliege. Für die Dringlichkeit des Antrages stimmten nur die Vertreter der SPD. (Die SPD ist in dem Gemeindevorstandesamt nicht vertreten).

Die Vertreter der NSDAP sind verantwortlich für die Ablehnung des Antrages der Erwerbslosen. Sie haben damit erneut bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, auch nur das geringste für die hungernden Erwerbslosen zu tun.

Daran müssen die Anhänger der Nazis erkennen, daß ihr Platz niemals bei Hitler sein kann. In Schreiberhau mit seiner großen Zahl Erwerbslosen, ist dringender als sonstwo notwendig, sofort die Einheitsfront zum Kampf gegen die Pflichtarbeit, für Arbeit bei tariflicher Entlohnung, gegen jeden Unterstützungsraub zu schließen. Die Erwerbslosen müssen nach dem Grundsatz handeln: „Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf.“

## Feldzug der Liegnitzer Polizei gegen die Ermittlerten

Liegnitz. Eine Anzahl Bewohner der Liegnitzer Ermittlerten-Quartiere „Fliegerhorst“ und Parade-Angelegenheiten erhielten dieser Tage von der Einwohnerbehörde ein Schreiben, betitelt: „Polizeiliche Verfügung“, worin dieselben aufgefordert wurden, sich bis zu einem bestimmten Termin ein anderweitiges Unterkommen zu suchen. Es handelt sich bei denen, die dieses Schreiben erhielten, durchweg um Arbeiterlose, die nicht in Hände waren, von ihrer jämmerlichen Unterstützung noch 3 bis 5 Mark

werden. Die angeklündete Notverordnung enthält eine 20-prozentige Kürzung der Unterstützung, bei gleichzeitiger Steigerung der Miete durch Streichung von 20 Prozent der bisher erlassenen Ganzjahrssteuer.

Wir rufen von dieser Stelle einmütig und eindeutig: **Gegen des Elends und der Not! „Gemeinsame Not — gemeinsamer Kampf!“** das ist das Gebot der Stunde. Nach dem werden sie handeln.

Diesem Beweggrund beherzigend, wolle die Gemeindevertretung beschließen:

1. Der geplante 20prozentige Abzug wird nicht durchgeführt.
2. Die durch die Notverordnung entstandene Mieterhöhung übernimmt die Gemeinde auf die Dauer der Erwerbslosigkeit.
3. Die Gemeinde errichtet in jedem Ortssteil eine Volksschule unter Kontrolle der Erwerbslosen, in welcher jeder Erwerbslose für sich und seine Familie ohne Abzug der Unterstützung ein Mittagessen unentgeltlich erhält.
4. Die Gemeinde führt die Kinderpeisung in Ausgabehöhe des Jahres 1928 durch.

Die Weißsteiner Erwerbslosen werden ihre ganze Energie und Kampfkraft daran setzen, um diesen für sie lebenswichtigen Forderungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Sie geben sich keinen Illusionen an das Parlament hin, sondern wissen, daß ihre Forderungen nur im außerparlamentarischen Kampf verwirklicht werden. Erwerbslose, erhebt euch zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung! Schmiedet die rote Einheitsfront!

Miete wöchentlich zu bezahlen und deshalb mit Einwilligung des Magistrats freiwillig in die Ermittlertenquartiere gezogen sind.

Wie stellt sich die Ortspolizeibehörde die Durchführung ihrer Verfügung vor? Herr Stadtrat Günter, wir sind bereit, aus unseren bisherigen Wohnungen auszuscheiden, wenn Sie dafür sorgen, daß uns andere Wohnungen zugewiesen werden und der Magistrat die Zahlung der Miete übernimmt. Oder sind Sie Herr Stadtrat der Ansicht, daß man von 10—13 Mark wöchentlich Unterstützung noch 3—5 Mark wöchentlich zahlen kann? Vielleicht könnten Sie uns zeigen, wie man dies macht?

Bewohner der Ermittlertenquartiere, seht euch gegen die brutalen Maßnahmen der Polizeiverwaltung zur Wehr. Bildet eine einheitliche Abwehrfront. Erwerbslose von Liegnitz, ihr müßt euch mit den „Fliegerhorst“ und Paradebewohnern solidarisieren. Nur durch außerparlamentarische Masserkaktionen der Arbeiterklasse kann der Artikel der Reichsverfassung: „Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“ verwirklicht werden.

## Jeder Jungarbeiter liest die „Junge Garde“

Drauf der werktätigen Jugend. Bei allen Jungkommunisten und im Haus Prostan, Wallstraße 13, zu erhalten. Die Nummer bringt: Stolzenberg stellt Gültig her. Erfolgreiche Jugendstreiks. Wie die Jugend gegen Rußland gehegt werden soll, u. a.

# Wegen bevorstehender Versteigerung in den Tod

Das notleidende Handwerk vor dem vollständigen Ruin — Solidaritätsaktion der Arbeiter verhindert die Versteigerung des Mobiliars kleiner Handwerker

Waldau O. Der hiesige Schuhmachermeister Petrich stand vor der Versteigerung des wenigen, das er noch sein Eigen nannte. Schuhmachermeister Petrich ist als Versteigerung sah er seinen vollständigen Ruin vor. Er sah darin eine große Schande und griff zum Strick. So wurde der Schuhmachermeister Petrich ein Opfer des kapitalistischen Systems, er ging freiwillig aus dem Leben.

Tausende Angehörige des Mittelstandes und vor allem des kleinen Handwerks, stehen vor demselben Ruin. Das ist keine Schande für die Angehörigen des Mittelstandes. Schuld daran ist das unerbittliche und bankrotte kapitalistische Wirtschaftssystem. Der Weg, den der Handwerkermeister Petrich gegangen ist, ist der falsche Weg! Die

## Lohnabbaupläne bei den Gemeindearbeitern

Auswirkungen der Rationalisierung

Landeshut. Die beherrschende Zuhilfenahme zu bewerten sind, zeigt ein Fall aus dem hiesigen Hädtischen Gaswerk. Bei Anbringung einer billig entfallenden Badvorrichtung im Gaswerk, erklärte damals der Delegiert des Gas- und Wasserwerkes in einer Stadtverordnetenversammlung, auf Anfrage eines Genossen Schwertner: „Wir denken darnicht daran, durch diese Neuerung Leute übrig zu machen, es soll dies nur eine Erleichterung für alle Arbeiter sein!“

Was hat sich daraus ergeben? Einmal ist durch die beschränkten Raumverhältnisse keine Erleichterung eingetreten, sondern nur Unglücksfälle. Zum anderen sind noch Arbeiter übrig gemacht worden, indem jetzt bei der Schicht anstatt drei, nur zwei Mann arbeiten.

Gerade die kommunalen Arbeiter sind durch die wiederholt erfolglosen Lohnkämpfe und Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich außerordentlich hart betroffen worden; bald 50 Prozent

weniger Lohn, aber ein Drittel mehr Arbeitsleistung! Das sind die Auswirkungen der reformistischen Gewerkschaftspolitik und der Methode des „kleineren Übels!“

Auf Grund der neuen Notverordnung stehen die Kommunalarbeiter erneut vor der Frage des Lohnabbaues. Trotz des „radikalen“ Geschreies der Bürokraten in den Versammlungen, werden die Gewerkschaften wiederum nichts unternehmen, diesen neuen Raub an den Löhnen der Arbeiter abzuwehren! In Gemeinschaft mit den Pflichtarbeitern und den Erwerbslosen, denen die Unterstützung ebenfalls gekürzt wird, gilt es, alle Vorbereitungen zu treffen, diesen erneuten Raub abzuwehren.

Im Kampfe mit der NSD, unter Führung der kommunistischen Partei, heißt es in geschlossener Front aufzumarschieren, im Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Notverordnung und Unterdrückung der Arbeiterkraft, gegen die drohende Kriegsgefahr, für den Schutz der Sowjet-Union!



# Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf

Ein offener Brief der NSD. und SPD. an alle Erwerbslose, Gewerkschaftsmitglieder, SPD- und parteilose Arbeiter von Hagnau

Die letzten Ereignisse im hiesigen Stadtparlament zwingen uns, die Verlogenheit und den gemeinen Verrat der hiesigen SPD- und Gewerkschaftsführer „Farrl“ — „Maltzer“ gegenüber den hungernden Erwerbslosen an den Prager zu rufen.

Kann und die Wahlen mit den Betrüchungen (Arbeitsbeschaffung) von der SPD bis zu den Nazis verabschiedet, da hell auch schon die besitzende Klasse zu den schwersten Schlägen aus. Den Betriebsarbeitern werden die schon bestehenden Hungerlöhne um 10 Prozent bis 30 Prozent abgebaut.

Den Erwerbslosen und besonders den Wohlfahrts-erwerbslosen, hat man bereits eine Kürzung der Hungerunterstützung nach Pfingsten angedroht.

Die Milch soll euren Kindern entzogen werden. Das Gewerkschaftsblatt verlangte zum Schein im Stadtparlament eine Weiterbefreiung, aber die gesamte SPD-Fraktion unter Führung „Maltz“ war für den Entzug der Milchkarten.

Die Volksschule wurde mit Zustimmung der SPD-Fraktion geschlossen, weil — wie der Zatte „Maltz“ erklärte — die Arbeiterlose im Sommer keinen Hunger haben. Dagegen mehr als 200 Essenholder, darunter viele SPD-Arbeiter, gegen die Schließung durch Unterschriften Protest erhoben.

Eine Wirtschaftsbefreiung lehnte die SPD-Fraktion ab, da es unangebracht sei — nach ihrer Meinung sollen wir Erwerbslosen geliebtlich verhungern.

Als die Erwerbslosen in der Stadtverordneten-Sitzung gegen diesen bewußten Verrat protestierten, wollte der Herr — „Maltz“ dem anwesenden Propagandaführer der Nazi keine Möglichkeit für das dritte Reich bewahren und hegte die Polizei auf die hungernden Arbeiterlose! Putsch!

Sozialdemokratische Kollegen, Klassenverratende Gewerkschaftler, macht Schluss mit dieser Sorte Auhier, ihre politische Handlungsmuster deckt sich voll und ganz mit der Terrorpolitik ihrer Führer im Reich. Wir reichen euch ohne Parteimittel die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfe in roter Einheitsfront.

Gemeinsame Not erfordert einen gemeinsamen Kampf, wir dürfen auf keinen Fall einen weiteren Abbau unserer Unterstützung dulden.

Organisiert sofort mit uns den Abwehrkampf, wartet nicht, bis euch die SPD-Führer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt haben.

Wir organisieren den Kampf für die Weiterbeschaffung der Milchkarten in voller Höhe, gegen die Abbau der Unterstützung, gegen jede Zwangsvermittlung hungernder Erwerbsloser, für die Verwirklichung der gemeinsamen Kampffront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen Hunger — Krieg — Faschismus!

Arbeiter von Waldau haben gezeigt, daß es einen besseren Weg gibt. Das ist der revolutionäre Weg des Kampfes. Die „Kampfe“ der Arbeiterklasse müssen sich die Handwerkermeister, muß sich der notleidende Mittelstand anschließen.

Als die Versteigerung bekannt wurde, versammelten sich kommunistische und andere Arbeiter, um durch eine Solidaritätsaktion die Versteigerung zu verhindern. Nach Bekanntwerden des freiwilligen Todes der Schuhmachermeister, wurde die Versteigerung zurückgezogen. An deren Stelle erfolgte eine Versteigerung des Mobiliars eines hiesigen Malermeisters. Auch hier traten die Arbeiter in Aktion, um die Versteigerung zu verhindern. Der Gläubiger des Malermeisters kaufte sich vom hiesigen Ort den Nazi Mann Schuster und den Stahlhelmmann Nebich, beide Wohlfahrts-empfänger, zum Bieten an. Im Gerichtskreuzgang, wo die Versteigerung stattfinden sollte, kaufte er jedem zwei Glas Bier und gab jedem 50 Pfennige. Leider lassen sich auf diese Art und Weise selbst Arbeiter durch die Nazi- und Stahlhelmführer verführt, gegen den notleidenden Mittelstand mißbrauchen. Die kommunistischen Arbeiter waren jedoch auf der Wacht. Die gekauften Subjekte wagten es nicht zum Bieten zu erscheinen.

Durch die Solidaritätsaktion der Arbeiter, mußte die Versteigerung als undurchführbar aufgehoben werden.

In dieser Weise muß überall in Stadt und Land das Kampfband zwischen Arbeiter und Landvolk, sowie dem armen Mittelstand geschlossen werden. Der notleidende Mittelstand kann den vollständigen Ruin nur verhindern, wenn er sich der kämpfenden Arbeiterklasse anschließt.





# Waltershausen

Ein Signal für die Notmierung der roten Einheitsfront

Die gemeinsame Not gebricht gemeinsamen Kampf... es im dem Appell des 31. der kommunistischen Partei, die sich zusammen mit der SPD an alle Arbeiter zur Herstellung der roten Einheitsfront gegen Hunger, Faschismus und Krieg wendet.

Die Thüringer Regierung hatte bereits vor dem zweiten Reichstagsentscheidungsabgang eine Verordnung zum Abbau der Wohlstandsunterstützung um 10 Prozent erlassen. In Waltershausen, wo unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister der Abbau zuerst durchgeführt werden sollte...

In Waltershausen, einer Stadt mit 9000 Einwohnern, sind ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung erwerbslos. Die Not ist ungeheuerlich groß. Die ruinieren Mittelständler sind auf die geringe Kaufkraft der Wohlstandsunterstützungsempfänger angewiesen...

Als dieser Plan rückbar wurde, erhoben die Unterstützungsempfänger Klammern Protest und schlossen sich zu einer einheitlichen Front zusammen. Sie wählten ein Kampfkomitee, bestehend aus zwei kommunistischen, einem sozialdemokratischen, einem nationalsozialistischen und einem parteilosen Unterstützungsempfänger.

In der vorigen Woche sollte der Unterstüßungsabbau unter allen Umständen Tatsache werden. In Verhandlungen mit der Regierung wurde die Forderung gegeben, daß 6000 Mark dem Kreis Gotha mehr überwiesen werden sollten...

Einmalig lehnten es die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ab, die gefällige Unterstüßung in Empfang zu nehmen. Eine Versammlung am Donnerstag, dem 19. Mai, beauftragte das Kampfkomitee zu neuen Verhandlungen.



den Waltershausen telefonisch dem Landrat gegen den Unterstüßungsabbau. Eine Lebensmittelammlung bei den Geschäftsleuten wurde durchgeführt und die Verteilung auf dem Marktplatz vorgenommen.

Das Kampfkomitee begab sich mit vielen Forderungen zum Bürgermeister. Die Massen kamen aus den Versammlungen zum Marktplatz.

Dann kam es zu den Zusammenstößen, durch die ein Arbeiter durch Polizeikugeln getötet und zahlreiche Personen verwundet wurden.

Für den Verhandlungen des Einheitskomitees im Beisein des kommunistischen Landtagsabgeordneten Heilmann und einiger bürgerlicher und kommunistischer Stadtratsmitglieder erklärte jenseit des bürgerlichen Stadtratsmitglied Günther wörtlich: „An den ganzen Vorkommnissen ist nur die Polizei schuld.“

Es ist nebenbei durch die Untersuchungen des parlamentarischen Ausschusses des thüringischen Landtages festgestellt, daß verschiedene Gothaer Polizeioffiziere sich der besonderen Sympathie der Faschisten erfreuen.

Spät abends nach diesen Vorgängen ließ der Bürgermeister bekanntmachen, daß am Tage darauf die Unterstüßung in voller Höhe ausgezahlt wird.

Die Vorgänge in Waltershausen haben im gesamten Landkreise Gotha und darüber hinaus in ganz Thüringen die Erregung der Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen sehr stark gesteigert. Sektische traten in Proteststreiks. Als erste verließ am gleichen Tage die Belegschaft der Thüringer Schlauchweberei geschlossen den Betrieb.

# Neuer Massenbetrug der SPD.

Hufemann fordert „Verstaatlichung des Bergbaus“ — Sanierung bankrotter Bergbaukonzerne auf Kosten der Steuerzahler — Das sind die „sozialistischen Gegenwartsforderungen der SPD.“

Der Abend-„Vorwärts“ vom 23. Mai berichtet über eine Rede Hufemanns, die dieser auf einer Delegiertenkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes für das Ruhrgebiet am Sonntag in Bochum gehalten hat.

Zunächst stellt Hufemann fest, daß die Monopolisierung im Bergbau außerordentlich stark fortgeschritten ist und daß im Ruhrgebiet sechs Gesellschaften 50 Prozent der gesamten Förderung in den Händen haben.

Was Hufemann fordert, ist nichts anderes als die praktische Ausföhrung der „sozialistischen Gegenwartsforderungen“, die vor einigen Tagen mit großem Lärm am Berliner Bezirksvorstand der SPD. verkündet wurden.

Den Arbeitlosen wird von Notverordnung zu Notverordnung die Unterstüßung geführt. Den Betriebsarbeitern, Angestellten und Beamten geht es mit ihrem Lohn und Gehalt nicht anders.

# Schwedter Tabakarbeiter fordern rote Einheitsfront

Mitgliederversammlung des freigewerkschaftlichen Tabakarbeiterverbandes für Verteidigung der Sowjetunion und Einheitsappell der SPD.

Schwedt a. d. S., 23. Mai. In einer Mitgliederversammlung des freigewerkschaftlichen Deutschen Tabakarbeiterverbandes nahmen die Tabakarbeiter Stellung gegen den drohenden Lohnabbau und die imperialistischen Kriegszügelungen.

Die Versammelten nahmen einstimmig eine Resolution gegen den imperialistischen Krieg an, in der es heißt: „Wir Schwedter Tabakarbeiter rufen allen Werktätigen, gleichviel welcher Parteirichtung, zu: Bildet mit uns gemeinsam die kämpfende, aktive Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion!“

In einer besonderen Resolution erklärten die Schwedter Tabakarbeiter ihre Zustimmung zum Aufruf des Zentralkomitees der SPD. und KPD.

„Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Schwedt begrüßt den Aufruf des

den einzig möglichen Ausweg zur die Massen, den revolutionären Ausweg aus der Krise, zeigen!

# Die Gemeinden bezahlen keine Schulden

Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion in Preußen

Im Gefolge der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe brechen die Gemeinden zusammen und alle Lasten werden auf die Arbeiter und werktätigen Massen abgewälzt.

„Für die Staatsschulden und die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände werden Zinsen nicht mehr gezahlt. Gestilgt werden die Schulden nur gegenüber solchen Gläubigern, deren Vermögen RM. 20 000 und deren Einkommen aus Arbeit und sozialer Renten jährlich RM. 5000 nicht übersteigt.“

Die Nazi-partei, die sonst demagogisch von der „Brechung der Zinsnechtheit“ schwätzt, wird bei diesem Antrag erneut Farbe bekennen müssen. Es wird sich erweisen, daß die NSDAP. als kapitalistische Systempartei gegen den Antrag sich stemmen wird.

# Hast du schon deinen Arbeitskollegen als Abonnenten gewonnen?

# Zentralkomitees der kommunistischen Partei und der SPD. zur Herstellung der Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Maßnahmen der Unternehmer und gegen den Faschismus.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei und der SPD. rufen alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, mit den kommunistischen und KPD-Arbeitern gemeinsam den Kampf zu organisieren zur Verteidigung der Existenz der Arbeiterklasse gegen jeden Lohnabbau.

Der Aufruf der Schwedter Tabakarbeiter, die einheitliche Front gegen jeden Lohn- und Unterstüßungsabbau, gegen den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu schmieden, muß überall lauten Widerhall finden.

# Waltershausen

irgenwelche Jugentändel zu sogenannten gemeinsamen politisch neutralen Aktionen zu machen.

Wir wollen auch nicht vergessen, daß die Landespolizei in Thüringen einen außerordentlich schweren Dienst und eine große Verantwortung hat.

Das kommunistische „Thüringer Volksblatt“ wurde drei Tage hintereinander durch die Severing-Polizei in Erfurt beschlagnahmt.

Neuer Unterstüßungs- und Lohnabbau bedroht die Arbeiterklasse. Die Faschisierung Deutschlands wird verschärft weiter durchgeführt.

Der gemeinsame Kampf aller Arbeiter in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jedem Ort wird den weiteren Unterstüßungsabbau, wird die Pläne der Bourgeoisie durchkreuzen.

Waltershausen legen sofort die Arbeit nieder. Die Gas- und Wasserversorgung wurde in Frage gestellt und erst später als Notstandsarbeit durchgeführt.

Am Montag traten die Arbeiter in den beiden größten Betrieben Eisenachs bei den Bauischen Motorwerken (Diel) und bei Demmer, in einen einmündigen Protest.

Im Montag traten die Arbeiter in den beiden größten Betrieben Eisenachs bei den Bauischen Motorwerken (Diel) und bei Demmer, in einen einmündigen Protest.

Ein ungeheurer gesteigertes Kraftbewußtsein erfaßte die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen in diesen Orten, wo die erfolgreiche rote Einheitsfrontaktion sich durchsetzte.

So schreibt die sozialdemokratische Zeitung in Erfurt (wobei man den Verger herauspürt), daß auch Sozialdemokraten und Reichsbannerleute in dieser Einheitsfront kämpften und erklärt am Schluß eines Artikels, daß sie sich mit der Taktik der Kommunisten „noch auseinandersehen“ werde.

Die nationalsozialistische Führerschaft zeigt auch hierbei das wahre Gesicht des Falkenkreuzfaschismus. Im Zentralorgan der Thüringer Nationalsozialisten, „Der Nationalsozialist“ erklärt Saupel, der Gauleiter in Thüringen, einen Aufruf, worin er Nationalsozialisten, die in Waltershausen und anderen Orten Thüringens in der roten Einheitsfront kämpfen, anfleht.

„Laßt euch deshalb von keiner Seite, weder von sozialdemokratischer noch von kommunistischer, bewegen, diesen internationalen Fremdenlegionären der Hochfinanz oder Maslows